

# **"Zwanzig Jahre nach meinem Abgang wird das deutsche Reich untergehen, wenn es so weiterregiert wird." - Eine Mahnung Otto von Bismarck an die Zukunft -**

Zu Bismarcks 190. Geburtstag am 1. April

Von Fritz Köhncke

## **Die Zeit danach**

Solange es eine Erinnerung an die deutsche Geschichte gibt, wird man auch Otto von Bismarcks gedenken müssen, der am 1. April 1815 in Schönhausen an der Elbe geboren wurde und am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh starb. Als er 1890 aus dem politischen Leben ausschied, gab es keine würdigen Nachfolger im Amte des Reichskanzlers, die das von Bismarck gegründete deutsche Reich vor dem Verderben hätten retten können. Dieses Defizit in unserer Vergangenheit zeigen nicht zuletzt sehr deutlich Johannes Haller im Jahre 1922 in seiner Studie „Die Ära Bülow“ und Helmut Ries 2001 in seinem Buche „Kronprinz Wilhelm“. Auch die Kanzlerfolge nach dem Zusammenbruch des Reiches bis hin zu Adolf Hitler zeitigt keine Aufwärtsentwicklung auf dem Wege ins Dritte Reich, dem Tausendjährigen, dem ganze zwölf Jahre beschieden waren. Sicher war nach 1945 in dem zertrümmerten, verkleinerten und zweigeteilten Deutschland ein Neuanfang, der die Hypothek der Fremdbestimmung tragen mußte, schwer, doch weder in Ost noch in West oder gar seit 1990 im wiedervereinigten Deutschland fand sich ein derart über den Durchschnitt herausragender Regierungschef, der es mit Otto von Bismarck hätte aufnehmen können.

## **Auf dem Wege zur Reichsgründung**

Otto von Bismarck verfolgte zwei Ziele, die als Leitlinie über seinem Leben standen, die Vorbereitung und Vollendung der deutschen Einheit in einem gemeinsamen Staate und die Erhaltung und Sicherung des Gewonnenen für die Zukunft. Nach den Erfahrungen der Revolution von 1848 und den damaligen realen Machtverhältnissen – nicht aus einem Mangel an Demokratieverständnis – kam er zu dem Schluß:



*Fürst Otto von Bismarck*

„Niemand bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade.“ Und ergänzend erfahren wir aus einem Brief an seine Frau: „Die deutsche Frage wird nicht in unseren Kammern, sondern in der Diplomatie und im Felde entschieden.“ So nimmt Bismarck in einer Existenzkrise des preußischen Königiums im Jahre 1862 das Amt des preußischen Ministerpräsidenten an, um gegen den Willen des Parlaments eine Reorganisation des Heeres durchzusetzen, damit ihm in dem bevorstehenden Kampf um die Einheit Deutschlands der notwendige Machtfaktor zur Verfügung stehe. Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 sind somit als Meilensteine auf dem Wege eben dahin zu verstehen, in dem Sinne eines Carl von Clausewitz, der den Krieg als letztes politisches Mittel charakterisiert. Dennoch ist sich Bismarck darüber klar, daß „jeder Krieg, auch der siegreiche Krieg, immer ein großes Unglück für das Land ist, das ihn führt.“ Der Krieg von 1864 verhindert die Einverleibung Schleswig-Holsteins durch Dänemark, der sich daraus ergebende Krieg von 1866 beseitigt sozusagen den preußisch-österreichischen Dualismus zu Gunsten Preußens, das in dem Norddeutschen Bund einen Kristallisationspunkt für die Einigung erhält, und schließlich wird 1870/71 Frankreich, das den Deutschen die nationale Einheit nicht gönnt, besiegt, so daß im Spiegelsaal zu Versailles am 18. Januar 1871 das zweite deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm I. gegründet werden kann – zweifellos und kaum bestritten – Bismarcks Werk!

### **Bismarck als Reichskanzler**

Eingedenk der Tatsache, daß dieses neue, in Europa zentral gelegene Reich überwiegend geographisch offene Grenzen hat, versucht Bismarck durch ein kompliziertes Bündnissystem den Frieden zu erhalten, wobei der Satz „Versuche zu dreien zu sein, solange die Welt durch das unsichere Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird“ als Richtschnur gilt. Die fünf Großmächte sind Deutschland, Österreich, Rußland, England und Frankreich. Letzteres soll wegen des dortigen Revanchegedankens und um einen Zweifrontenkrieg (gegen Frankreich und Rußland) zu vermeiden, bündnispolitisch isoliert werden. Die Art und Weise, wie Bismarck die Großmächte Deutschland, Österreich und Rußland miteinander verkettet, wie er den Dreibund Deutschland, Österreich und Italien als starke Mitte in Europa schafft, und schließlich der Rückversicherungsvertrag von 1887 zwischen Deutschland und

Rußland sind Zeugnisse seiner genialen Außenpolitik. Ein solches Vorgehen, das den Ausbruch eines Krieges unwahrscheinlich macht, bzw. unter Vermeidung eines Zweifrontenkrieges Deutschland und seinen Bundesgenossen das militärische Übergewicht gibt, wird begleitet von der Vorstellung, daß Deutschland keine weltpolitischen Ambitionen habe, sondern nach der vollzogenen Reichsgründung saturiert sei. Bismarck spricht in diesem Zusammenhang von dem „ehrlichen und friedlichen Gebrauch unserer Schwerkraft“ in der Mitte Europas. Deutschland steht spätestens seit dem Berliner Kongreß von 1878 als Friedensstifter da und kann diese Rolle unter der Regie des Reichskanzlers Otto von Bismarck bis zum Ende seiner politischen Tätigkeit durchhalten.

### **Bismarcks Konzept einer zurückhaltenden Außenpolitik gerät aus dem Gleis**

Der erste Reichskanzler des zweiten deutschen Reiches lehnt lange Zeit jeglichen Erwerb von Kolonien ab. Er will die deutsche Außenpolitik nicht mit überseeischen Wagnissen belasten, keine neuen Reibungsflächen schaffen. Nicht staatliche Machterweiterung, sondern Schutz der nationalen Wirtschaft ist sein Ziel: „Was ist Kolonialpolitik? Wir müssen unsere Landsleute schützen.“ Doch Bismarcks Wunsch, der Staat solle nur schützen, geht nicht in Erfüllung. Kolonialgründungen werden im Zeitalter des heraufkommenden Imperialismus zum machtpolitischen Problem ersten Ranges. Der Staat bekommt die zunächst privaten Initiativen der Kolonialpolitik ganz in die Hand. Deutsch-Ostafrika wird Kronkolonie unter unmittelbarer Verwaltung des Reiches. Bismarck hat es nicht verhindern können. Noch im Jahre 1897 – ein Jahr vor seinem Tode – beklagt er den Bau einer Schlachtflotte mit zunächst sieben Linienschiffen, wie Admiral Tirpitz es geplant hat, weil es draußen falsch verstanden werden kann, so wie er sieben Jahre zuvor die Kündigung des Rückversicherungsvertrages für ein Übel hält, da er das „Säbelrasseln“ Kaiser Wilhelms II. als außenpolitisches Mittel ablehnt. Die großen nationalistischen Töne einer deutschen Weltpolitik des begeisterungsfähigen Kaisers und vornehmlich des Alldeutschen Verbandes mit dem Schlagwort von dem „Platz an der Sonne“, der auch Deutschland gebühre, leiten eine aktive, krisenreiche koloniale Außenpolitik des Reiches ein, auf die Bismarck bescheiden und weise verzichtet hätte. Über das mit der kolonialen Außenpolitik in Zusammenhang stehende Flottengesetz von 1897 urteilt Johannes Haller: „Daß mit

diesem Gesetz eine neue Bahn in der deutschen Auslandspolitik eingeschlagen und die Grundlage der Bismarckschen Politik verlassen wurde, scheint eigentlich niemand recht zum Bewußtsein gekommen zu sein.“ Kolonial- und Flottenpolitik mußten England brüskieren, wie Bismarck schon 1887 klar sah, als er dem Maler Richmond gegenüber äußerte, ein wirksamer Schutz gegen russische und französische Kriegslust sei eine Verbindung Deutschlands mit England und Italien. Aber die „graue Eminenz“ im Auswärtigen Amt, der Geheimrat Holstein, hielt eine Verständigung zwischen England, Rußland und Frankreich für ausgeschlossen, verschärfte die Konkurrenz zu dem mächtigen Inselstaat und sorgte, eines Sinnes mit Tirpitz, für die Verwirklichung weiterer Rüstungen zur See, womit das genaue Gegenteil erreicht wurde, nämlich die von Bismarck durch seine Bündnispolitik ausgeklammerte Einkreisung Deutschlands. Und Bülow war auch nach 1900 nicht der Mann, der sich als Reichskanzler dagegen hätte zu Wehr setzen können. „Eine feige Politik hat noch immer Unheil gebracht,“ ein Wort Bismarcks, das sowohl auf seinen direkten Nachfolger Caprivi als auch auf Bülow zutrifft. Die heldischen Töne der Alldeutschen gegenüber England, die gehässigen Äußerungen der Northcliffe-Presse gegen alles Deutsche und der Weltmachtanspruch Englands, das keinen Konkurrenten zur See duldet, haben überdies zur Vergiftung zwischen den Völkern beigetragen, wie auch aus der Studie „Zur Frage der Einkreisung Deutschlands“ (1967) von Wilhelm Ladewig hervorgeht. Daß die Einkreisung bei einer derartigen Außenpolitik vollendet werde, daß der Zweifrontenkrieg – trotz Schlieffenplan und Ludendorffs Einsatz für eine Verstärkung des rechten Flügels an der Westfront noch zu Friedenszeiten – Deutschland aufreibe, das hat der Altkanzler am Ende seines Lebens vorausgesehen: „Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs, des Großen ging bei Jena das alte Preußen zugrunde. Zwanzig Jahre nach meinem Abgang wird das deutsche Reich untergehen, wenn es so weiterregiert wird.“

### **Ansprüche anderer Staaten und die überstaatlichen Mächte**

Doch – wie schon der Hinweis auf die Northcliffe-Presse andeutet – kann es nicht Sinn dieses Gedenkens sein, die Schuld am Untergang des Reiches allein bei uns zu suchen. Englands Anspruch, bei der Aufteilung der Welt die erste Geige zu spielen und keinen ernsthaften Konkurrenten zur See zuzulassen, wird u. a. bei Johannes Haller und Wilhelm Ladewig überzeugend dargestellt. Frankreichs Revanchegedanke für

1870/71 ist sattsam bekannt, und Rußlands Streben nach eisfreien Ost-seehäfen sowie der Panslawismus spielen ebenfalls ihre Rolle bei der Hinführung zum ersten Weltkrieg. Der durch die Hohenzollernkrone erstarkte Protestantismus ist natürlich der katholischen Kirche ein Dorn im Auge, wie schon der Kulturkampf, den Bismarck in den siebenziger Jahren zu führen hat, zeigt. Zur dritten Wiederkehr des Reichsgründungstages am 18. Januar 1874 verkündet Papst Pius IX. in seiner Ansprache vor deutschen Rompilgern in gegenreformatorischer Absicht: „Bismarck ist die Schlange im Paradies der Menschheit. Durch diese Schlange wird das deutsche Volk verführt, mehr sein zu wollen als Gott selbst; und dieser Selbstüberhebung wird eine Erniedrigung folgen, wie noch kein Volk sie hat kosten müssen ... bis dieses Reich zur Verherrlichung Gottes vergehen wird.“ Bei der Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 schreibt die *Frankfurter Zeitung*: „Möge auch von Bismarck gelten, daß nicht wiederkehrt, was einmal gegangen ist. die Nation wird dann den 18. März bald zu den Tagen zählen, die einem Festtag gleichkommen.“ Und aus einer anderen Richtung weht der Wind, wenn es am 20. 10.1918 im *Vorwärts* heißt: „Deutschland soll, das ist unser Wille als Sozialdemokraten, seine Flagge für immer streichen, ohne sie das letztmal siegreich heimgeholt zu haben.“

In demselben Jahr äußert sich Thomas Mann in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“: „Die Geschichtsforschung wird lehren, welche Rolle das internationale Illuminatentum, die Freimaurerweltloge, unter Ausschluß der ahnungslosen deutschen natürlich, bei der geistigen Vorbereitung und wirklichen Entfesselung des Weltkrieges der ‚Zivilisation‘ gegen Deutschland gespielt hat.“ Zu diesem Thema gibt es nun mittlerweile eine Reihe von Veröffentlichungen. Nur zwei aus dem 20. Jahrhundert seien hier stellvertretend für viele andere genannt: General Ludendorff, „Wie der Weltkrieg 1914 ‚gemacht‘ wurde“; Wichtl/Schneider, „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik.“

### **Wo stehen wir heute?**

Fast vier Generationen trennen. uns von der Gestalt Bismarcks, die Monarchie des Kaiserreiches, die Weimarer Republik, die Hitler-Diktatur, Teilung zwischen sowjetischem Landimperium und atlantischer Seeallianz sind seitdem vergangen, seit 15 Jahren sind wir in einem Restdeutschland wiedervereinigt, leben in einer demokratischen Grundordnung, erstreben die europäische Einheit, treiben dank des übertriebenen Zentralismus der Brüsseler Bürokratie in eine neue Dik-

tatur, die maßgeblich von der US-Ostküste mitbestimmt wird. Die Bundeswehr war beteiligt an dem nordamerikanischen Kosovokrieg, selbstverständlich in bester Friedensabsicht. In eben derselben Absicht gibt man sich dem Traum hin, Afghanistan könne nach westlichen Vorstellungen demokratisiert werden, und übersieht dabei die einheimischen Stammesfürsten mit ihrem islamischen Gefolge, die den Fremden – so auch den Deutschen – Widerstand leisten. Und trotz der augenblicklichen deutschen Antikriegspolitik, von der man nicht weiß, wie lange sie anhält, wird die Bundesrepublik Deutschland im Irak nicht nur als „Friedenspartei“ behandelt. Im Rahmen der Globalisierung also mischen wir nach zwei verlorenen Weltkriegen wieder kräftig mit und können möglicherweise auch gar nicht anders, wenn wir nicht zur staatlichen Bedeutungslosigkeit herabsinken wollen; eine Sorge, die übrigens auch den letzten deutschen Kaiser bewegte, wenn er nach Bismarcks Abgang mit seinem „Volldampf voraus“ den zurückhaltenden Kurs des Altkanzlers verließ und mutig und selbstbewußt in die damalige Weltpolitik eingriff.

Nur was daraus werden kann, wenn wir diesmal an der Seite der USA uns diplomatisch in Asien verwickeln oder gar ins Feld ziehen, statt nach den heilsamen Vorstellungen Otto von Bismarcks weiter nichts als deutsche Politik in Deutschland zu betreiben, geachtet und geschätzt im Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarvölkern, das gilt es zu beherzigen. Dann verlöre die Prophetie Bismarcks vom Untergang des Reiches, in ihrer Wandlung natürlich zugeschnitten auf jetzige politische Verhältnisse, ihren Schrecken.